

Rede zur Gedenkveranstaltung am 1. September 2020

Dr. Rüdiger Czolk, Friedensinitiative Bruchsal

Den Opfern von Krieg, Terror und Gewalt. Sie rufen uns auf, d

en Nächsten zu achten und Frieden zu suchen. Für jetzt bleiben Glaube, Hoffnung, Liebe. Erster Korinther 13.13

Liebe Anwesenden,

mit diesen Worten erinnert das Mahnmal hinter mir an die Opfer des Zweiten Weltkriegs. Dieser wurde durch den Überfall auf Polen vor 81 Jahren, nämlich am 1. September 1939, von deutschem Boden aus durch das Nazi-Regime angefangen.

Der Krieg ist nicht ausgebrochen, wie manchmal formuliert wird, sondern er wurde gemacht, ja er wurde sogar konsequent vorbereitet. Deshalb sind auch die Folgen des Krieges, nämlich unzählige Tote, Ermordete, Flüchtende und nach dem Krieg traumatisierte Menschen, nicht zu betrachten wie die Opfer einer Naturkatastrophe. Sie sind die **Konsequenz einer Kriegslogik**.

Berta von Suttner - Pazifistin und Friedensnobelpreisträgerin - hat diese Kriegslogik so beschrieben: *"Keinem vernünftigen Menschen wird es einfallen, Tintenflecken mit Tinte, Ölflecken mit Öl wegwaschen zu wollen. Nur Blut soll immer wieder mit Blut abgewaschen werden."*

Manch einer denkt sich, warum wird immer wieder an dieses Unrecht **erinnert**. Das ist doch schon Geschichte. So etwas passiert nicht wieder. Es mag sein, und ist auch sehr unwahrscheinlich, dass sich solch ein Unrecht in genau dieser Form noch einmal ereignet. Aber das Erinnern am Antikriegstag, der am 1.9.57 durch den DGB ins Leben gerufen wurde und inzwischen eine gute Tradition ist, hilft uns, wachsam zu sein, und alles Erdenkliche dafür zu tun, dass solche Gräueltaten eines Krieges nicht wieder geschehen. Diese Erinnerungsarbeit, ist nicht nur ein Gedankenspiel oder Beschäftigung für unser Hirn. Ich möchte nur erwähnen, die Gefahr eines neuen Krieges im Nahen und Mittleren Osten, der Beschluss der USA wieder Landminen einzusetzen, das öffentliche Nachdenken über eine Kooperation zwischen Frankreich und Deutschland bei Atomwaffen, der Ausstieg der USA aus Abrüstungsverträgen usw., usw. - die Liste könnte leider noch beliebig verlängert werden.

Wie also kam es zum Überfall auf Polen vor 81 Jahren?

Ich sagte, der Krieg wurde gemacht. Zwischen der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 und dem Beginn des Zweiten Weltkrieges in Europa am 1. September 1939 führten die Nationalsozialisten wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen durch, die die **Aufrüstung** der Wehrmacht und damit die Vergrößerung des Militärs des Deutschen Reiches zum Ziel hatten. Die Aufrüstung der ab 1935 in der Wehrmacht zusammengefassten Teilstreitkräfte war integraler Bestandteil der nationalsozialistischen Politik. Auch heute geben wir Unsummen für Rüstung und Militär aus. 2014 betrug der Militäretat der Bundesregierung 32 Milliarden Euro. In diesem Jahr sind wir schon bei 45 Milliarden angekommen, und es wird darüber nachgedacht, die Militärausgaben auf 70 Milliarden zu erhöhen. Dies

entspräche einer Verdoppelung in 6 Jahren. Geld für Panzer und Raketen, das an anderer Stelle fehlt. Zum Beispiel in der Erziehung, an Schulen, im Gesundheitswesen, für Innovationen zur Nachhaltigkeit und Schutz der Umwelt. Die Konsequenzen der fehlenden Investitionen im Gesundheitswesen haben wir ganz aktuell in der Corona-Pandemie feststellen müssen. Kleiner Werbeblock: Wir haben eine **Unterschriftenliste** dabei mit der Forderung an unsere Politiker*innen „Geld für Gesundheit statt für Rüstung“. Unterschreiben Sie gerne nach der Veranstaltung.

Was lehrt uns die Geschichte noch?

Eine weitere Grausamkeit des Zweiten Weltkriegs war der Abwurf der ersten **Atombomben** über Hiroshima und Nagasaki im August 1945. Dass ein großer Atomkrieg nicht zu überleben ist, ist in Deutschland sicherheitspolitischer Konsens. Bereits seit den 1980er-Jahren ist die Atomkriegsgefahr ein unbestrittenes Faktum. Der Ansatz, Atomwaffen generell zu verbieten, auch wenn die Umsetzung angesichts der Weigerung der Atomkräfte schwierig wird, bietet die größte Logik. Deshalb müssen wir uns wehren, wenn unsere Politiker*innen ganz aktuell darüber nachdenken, neue Kampfflugzeuge zu beschaffen, die eine Möglichkeit zum Atomwaffeneinsatz bieten. Wir müssen darauf drängen, dass die US-Streitkräfte auch ihre in Deutschland gelagerten Atomwaffen abziehen.

Ein weiterer Lernpunkt:

Am meisten zu leiden hat unter Kriegen immer die **Zivilbevölkerung**. Neben den unzähligen ermordeten Menschen wird den Überlebenden die Lebensgrundlage entzogen. Anfang 2020 waren insgesamt beinahe 80 Millionen Menschen auf der Flucht – die höchste erfasste Zahl seit dem Zweiten Weltkrieg und der höchste Wert, den das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR in seiner 70-jährigen Geschichte jemals registriert hat. Dreiviertel der Flüchtenden, die ins Ausland geflohen sind, lebte Ende 2019 in der Nähe ihrer Heimat. Nach Europa kamen weniger als zehn Prozent. Hauptursache für die Flucht waren Krieg oder militärische Auseinandersetzungen in ihren Heimatländern. Diese Kriege werden durch die weltweiten Rüstungsexporte befördert. Laut aktueller Studie des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI gehören zu den größten Waffenexporteuren: USA, China und Russland. An Vierter Stelle kommt bereits Deutschland. Und immer wieder werden Rüstungsgüter aus Deutschland in Krisengebiete geliefert. Wie zynisch ist es dann, Flüchtende nicht aufzunehmen, die durch unser Zutun erst in diese lebensbedrohliche Situation gebracht wurden.

Der aktuelle Trend der "**schleichenden Militarisierung**" führt zu steigenden Militärausgaben, wachsenden sozialen Spannungen in Europa, wie auch in anderen Ländern der Welt, einer Zunahme gewaltbereiter Gruppen und einer Verrohung des gesellschaftlichen Miteinanders. Wenn die sicherheitspolitische Strategie konsequent das Militär weiter ausbaut, kann das im schlimmsten Fall zu eskalierenden Konflikten, Drohneneinsätzen, einer Weltwirtschaftskrise, Hungersnöten, Klimaflüchtenden und einer wachsenden nuklearen Bedrohung führen.

Spätestens die Corona-Pandemie verlangt dringend **zivile Sicherheitskonzepte**. Wann, wenn nicht jetzt ist die Zeit, Profitinteressen und nationalen Egoismus hintanzustellen, zusammenzuarbeiten und die Waffen ruhen zu lassen? Stattdessen diskutiert die Politik, mit welchen Kampfflugzeugen man die nukleare Teilhabe sichern kann, ohne die heimische Rüstungsindustrie zu sehr zu düpiieren.

Es ist Zeit für eine **Friedenslogik** anstelle der Kriegslogik.

Es geht darum Sicherheit neu zu denken. Gegen Ende der 1980er Jahre kommen Militärs in Ost und West zu der Erkenntnis, dass auch ein groß, weiträumig - etwa in Dimension des Zweiten Weltkriegs - geführter rein konventioneller Krieg die europäische Zivilisation vernichten würde. Dies allein schon wegen der seit 1945 gestiegenen Abhängigkeit von Elektroenergie. Dieser Erkenntnis wird heute von Bundeswehroffizier*innen nicht widersprochen. Wenn aber der große Krieg, als auch nur gedachte Lösungsoption für zwischenstaatliche Konflikte ausscheidet, dann müssen andere, zwangsläufig zivile Formen der Konfliktaustragung gesucht und gefunden werden.

Zitat: *"Die militärische Sicherheitspolitik steckt in einer Sackgasse. Sie trägt dazu bei, kriegerische Auseinandersetzungen und Gewalt fortzusetzen."* Mit diesen Worten präsentierte Oberkirchenrat Christoph Schneider-Harpprecht im April 2018 das Konzept **"Sicherheit neu denken"** der evangelischen Landeskirche in Baden. Es bringt eine neue Perspektive in die Diskussionen über Frieden und Sicherheit ein.

Kann ein solches Konzept basierend auf einer Friedenslogik und Gewaltfreiheit funktionieren? Hierzu möchte ich auf eine Studie von Erika Chenoweth und Maria J. Stephan aus dem Jahre 2011 verweisen mit dem Titel: *"Why Civil Resistance Works. The Strategic Logic of Nonviolent Conflict."* - auf deutsch: "Warum Ziviler Widerstand funktioniert. Die strategische Logik von gewaltfreien Konflikten". Darin wurde die Erfolgsquote von gewaltsamen und gewaltfreien Aufständen untersucht. Mit empirischen Zahlen wird in dieser Studie belegt, dass gewaltfreier Widerstand wesentlich erfolgreicher ist als gewaltsame Rebellion. Zwar nimmt der Effekt in den letzten Jahren ab. Dies kommt aber vor allem dadurch, dass Regime gegen die sich aufgelehnt wird, subtiler gegen zivilen Widerstand vorgehen - siehe Hongkong oder ganz aktuell Weißrussland. Außerdem sinkt die Erfolgsquote immer dann, wenn sich gewaltlose Initiativen mit gewaltbereiten vermischen.

Wir haben das Glück, dass wir **75 Jahre Frieden in Europa** haben. Dies ist der Europäischen Union und den Zielen dieser Union zu verdanken, nämlich Zitat: *"den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern"*. Aktuell hat Deutschland die Ratspräsidentschaft in der EU inne. Dies sollte dazu genutzt werden, und auch von uns eingefordert werden, dass friedenspolitische Ideen und Menschenrechtsfragen konsequent auf die Tagesordnung gesetzt werden. Ganz konkret heißt das z.B.:

Unter deutschem Vorsitz wird der mehrjährige Haushaltsplan der EU verabschiedet werden. Die Milliarden, die für neue Rüstungsprojekte vorgesehen sind, genauso wie das geplante Aufweichen der Kriterien für europäische Rüstungsexporte müssen gestoppt werden. Stattdessen muss die Europäische Union mehr für die Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele investieren und zivile Programme zur Friedensförderung ausbauen, um systematisch den Frieden zu fördern.

Enden möchte ich mit einem Zitat des amerikanischen Präsidenten Dwight D. Eisenhower (1890-1969):

"Jede Kanone, die gebaut wird, jedes Kriegsschiff, das vom Stapel gelassen wird, jede abgefeuerte Rakete bedeutet letztlich einen Diebstahl an denen, die hungern und nichts zu essen bekommen, denen, die frieren und keine Kleidung haben. Eine Welt unter Waffen verpulvert nicht nur Geld allein. Sie verpulvert auch den Schweiß ihrer Arbeiter, den Geist ihrer Wissenschaftler und die Hoffnung ihrer Kinder."

Danke fürs Zuhören.